



„Qualitätsförderung“ Betriebliche Umweltinvestitionen

Kurzinformation

Im Rahmen der „Betrieblichen Umweltförderung“ werden Investitionen in Anlagegüter unterstützt, welche überwiegend dem Schutz der Umwelt vor betrieblichen Emissionen dienen.

Gefördert werden Projekte, welche im Einklang mit den Strategien des Landes Niederösterreich¹ zur Entwicklung des Wirtschaftsstandortes stehen.

I. Zielgruppe

Antragsberechtigt sind Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft sowie Tourismus- und Freizeitunternehmen.

Ausgenommen von der Antragstellung sind

- Kreditinstitute
- Versicherungsunternehmen
- Energieversorgungsunternehmen
- Kabel-TV-Gesellschaften
- Schiffbauunternehmen
- Unternehmen des Kunstfasersektors
- Unternehmen in der Fischerei und Aquakultur
- Unternehmen im Agrarsektor im Bereich Primärerzeugung
- Unternehmen zur Herstellung und Vermarktung von Milch oder Milcherzeugnisse imitierenden oder substituierenden Erzeugnissen
- Überregionale (Handels-)Ketten

II. Förderung

Die Förderung erfolgt durch einen Zuschuss im Ausmaß von maximal 40 % der förderbaren Kosten bis zu einer maximalen Höhe von € 100.000.

In Kombination mit einer Förderung der Bundesförderstelle (KPC) maximal 40% der vom Bund gewährten Einmalprämie, höchstens aber € 100.000.

Die Förderung wird als Zuschuss vergeben, eine Kombination mit anderen Förderungen ist bis zur maximal zulässigen Förderintensität möglich.

III. Förderungskriterien

Förderbar sind Projekte ab einem förderbaren Investitionsvolumen (bei Kombination mit der Bundesförderstelle gilt die Förderbasis der KPC) von € 100.000 im Zusammenhang mit

- Investitionen zur Steigerung der Energieeffizienz
- Investitionen zur Nutzung von erneuerbarer Energie

- Investitionen zur Vermeidung von Luft- und Wasserverunreinigungen sowie von Geruchs-, Staub-, Rauch- und Lärmbelastigungen
- Investitionen, die einer Abfallvermeidung im Rahmen der Betriebstätigkeit dienen

sofern diese nicht durch die Schwerpunktförderung (Anschlussförderung) abgedeckt sind.

IV. Förderbare Kosten

Förderbar sind ausschließlich dem geförderten Projekt zurechenbare Erstinvestitionen, sofern sie aktiviert werden und direkt zu Ausgaben führen. Die Investition muss in dem betreffenden Fördergebiet mindestens fünf Jahre – bei KMU mindestens drei Jahre – nach Abschluss der Investition aufrechterhalten bleiben.

Leasingverträge für Betriebsstätten oder Maschinen müssen die Form eines Finanzierungsleasings haben und die Verpflichtung enthalten, dass die FördernehmerInnen den Vermögenswert zum Laufzeitende erwerben.

V. Nicht förderbare Kosten

- Rechnungsbeträge unter € 200 (exkl. MWSt.)
- Rechnungen, die nicht auf den Fördernehmer lauten
- Zahlungen, die nicht vom Fördernehmer geleistet wurden
- Skonti und Rabatte
- Umsatzsteuer, sofern der Fördernehmer vorsteuerabzugsberechtigt ist
- Offene (nicht bezahlte) Haftungsrücklässe
- (Teil-)Beträge aus Zahlungen, für die nachträglich Gutschriften gewährt bzw. rückverrechnet wurden
- geringwertige Wirtschaftsgüter
- gebrauchte Immobilien
- Reparaturkosten und Ersatzinvestitionen
- Eigenleistungen (Personalkosten)
- Kosten für den Erwerb von beweglichen Aktiva, die nicht ausschließlich am Investitionsstandort (Betriebsstätte) zum Einsatz kommen
- Kosten für den Erwerb von Grundstücken
- Gebühren und Abgaben (wie zum Beispiel Anschlussgebühren, öffentliche Abgaben, Gebühren, Strombezugsrechte)
- Vertragserrichtungskosten (Rechtsanwalt, Notar)
- Finanzierungskosten

VI. Antragstellung

Der Antrag ist zeitgleich mit der Antragstellung an die Bundesförderstelle (spätestens 3 Monate nach Erledigungsschreiben der KPC) zu stellen.

Ein Förderantrag ist im Wirtschaftsförderungs-Portal NÖ mit den benötigten Unterlagen einzureichen.

¹ NÖ Wirtschaftsstrategie siehe auch: http://www.noel.gv.at/noel/Wirtschaft-Tourismus-Technologie/Strategien_Konzepte_und_Berichte.html



VII. Benötigte Unterlagen

- Antrag
- Projektbeschreibung
- Gesamtkostenaufstellung
- Jahresabschluss/ Bilanz des letzten Geschäftsjahres
- Energieausweis bei baulichen Investitionen
- Erledigungsschreiben anderer Förderstellen

Bei einer Förderung im Anschluss an die Bundesförderstelle:

- Antrag
- Erledigungsschreiben der Bundesförderstelle KPC

VIII. Rechtsgrundlagen

- NÖ Wirtschafts- und Tourismusfondsgesetz
- Allgemeine Richtlinien des NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds
- Spezielle Richtlinie des NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds für die Förderung von Umweltinvestitionen
- Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen

IX. AnsprechpartnerInnen

NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds
beim Amt der NÖ Landesregierung
Abteilung Wirtschaft, Tourismus und Technologie
Landhausplatz 1, Haus 14, 3109 St. Pölten
I: www.noel.gv.at; T: +43 / 2742 / 9005 – DW

Wirtschaft

Angelika Blauensteiner
angelika.blauensteiner@noel.gv.at DW 16113
Bezirke Krems, Mödling, Melk, Lilienfeld

Andrea Moll
andrea.moll@noel.gv.at DW 15301
Bezirke Amstetten, Scheibbs

Heinz Reinbacher
heinz.reinbacher@noel.gv.at DW 16129
Bezirke Korneuburg, Mistelbach, Tulln, Bruck/L., Gänserndorf, Hollabrunn, Horn

Theresia Schoberwalter
theresia.schoberwalter@noel.gv.at DW 16112
Bezirke Baden Neunkirchen, Wiener Neustadt

Otto Weisgram
otto.weisgram@noel.gv.at DW 16103
Bezirke Gmünd, Waidhofen/Th., Zwettl, St. Pölten

Tourismus

Jutta Angerler
jutta.angerler@noel.gv.at DW 16105
Bezirke Bruck/L., Gänserndorf, Hollabrunn, Korneuburg, Mistelbach

Gerhard Kellner
gerhard.kellner@noel.gv.at DW 16130
Bezirke Amstetten, Melk, St. Pölten, Scheibbs

Gabriele Riegler
gabriele.riegler@noel.gv.at DW 11426
Bezirke Baden, Mödling, Lilienfeld, Neunkirchen, Wiener Neustadt

Christian Steinkogler
christian.steinkogler@noel.gv.at DW 16140
Bezirke Gmünd, Horn, Krems, Tulln, Waidhofen/Th., Zwettl

HINWEIS:

Diese Kurzinformation bietet einen ersten Überblick über das Förderprodukt. Die Beurteilung, ob Ihr Projekt förderbar ist, erfolgt durch die zuständigen Referenten auf Basis der Allgemeinen sowie Speziellen Richtlinien des NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds sowie der relevanten nationalen und unionsrechtlichen Grundlagen.